

Wilsdruffer Tageblatt

Sprechzettel Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteinst. Blatt mit Ausnahme der Sonn- und Festtage wochentags 5 Hfr für den folgenden Tag, Bezugspreis bei Einschickung monatlich 2 Mk., durch unsere Mitglieder zugewogen in der Stadt monatlich 2,50 Mk., auf dem Lande 3,00 Mk., durch die Post bezogen vierwöchentlich 12,25 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Mitglieder und Geschäftskunde nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Insertionspreis 1,50 Mk. für die 6 gefalteten Zeilen oder deren Raum, Kleinanzeigen, die 2 spaltige Körperzeile 3,50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechender Preisabzug. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gefaltete Körperzeile 4,50 Mk. Nachweisungsgebühr 20 Pfg. Anzeigenannahme bis Vormittag 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Angaben übernehmen wir keine Haftung. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Haftung gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 232.

Dienstag den 4. Oktober 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Grumbach.

Dienstag den 4. Oktober 1921 abends 6 Uhr

Öffentliche Gemeinderatsitzung im Gasthof.

Tagesordnung an der Bekanntmachungstafel.

Grumbach, am 3. Oktober 1921.

Der Gemeindevorstand.

Kleine Anzeigen.

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverzweigten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die am 15. November fällige Reparationszahlung an die Entente ist nach amtlicher Mitteilung gesichert.

* Es wird die Nachricht verbreitet, daß das Defizit der Reichspost auf 5 1/2 Milliarden Mark angewachsen sei. Diese Behauptung ist nach einer Auskunft des Reichspostministeriums unzutreffend.

* Der bekannte amerikanische Rechtsverständige David Hunter Miller weist in einem Rechtsgutachten nach, daß Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland bleiben müsse.

* Aus Riga kommt die Bestätigung, daß die russischen Sowjettruppen Mladowostok besetzt haben.

* Wenn keine unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, wird der amerikanische Senat die Friedensverträge mit Deutschland, Österreich und Ungarn am 17. Oktober ratifizieren.

* Das Staatsamt der Vereinigten Staaten von Amerika meldet, daß die Zahl der Arbeitslosen augenblicklich vier Millionen beträgt.

Dringende Aufgaben.

Auf alles andere war die deutsche Öffentlichkeit gewöhnt, als darauf, daß bei der seit Wochen mit Spannung erwarteten großen allgemeinen Aussprache über die innerpolitische Lage im Reichstage der Kanzler eine neue Aufgabe, die er sich gestellt hat, eine „Frage von gigantischem Ausmaß“ der Volkserörterung anfündigen werde. Um so überraschter horchte man auf, als mitten in seinen Ausführungen die Rede von den Rechten plötzlich die Erklärung kam, daß nach seiner Überzeugung die Stunde gekommen sei, wo wir eine große Aktion der Hilfe, der Rettung vor dem Untergang unternehmen müßten für diejenigen, die nicht mehr an der erzeugenden Arbeit stehen, die nur über ein bescheidenes Einkommen auf Grund ihrer Lebensarbeit verfügen, sei es, indem es aus Kapital oder aus Renten fließe. Diese Aktion sei dringlich und müsse in kurzen, wenn der Reichstag wieder zusammentritt, ihn beschäftigen. Er wisse, sagte Dr. Brüning hinzu, daß er damit die Ausgabe von Milliarden ankündige, aber sie müßten gebracht werden trotz allem, was uns sonst bräde, um in diesem Winter unser Vaterland vor den schwersten Schädigungen sozialer Art zu bewahren. Es müsse erwogen werden, wie bei all den raschen, wucherischen Preissteigerungen von heute auf morgen welche Schichten unseres Volkes vor Not bewahrt werden könnten.

Mit dieser Anfrage hat der Reichskanzler eine unmittelbare Gegenwartsaufgabe berührt, von der verhältnismäßig wenig in der Öffentlichkeit geredet wird, obwohl sie vielleicht ungleich dringlicher ist als viele Dinge, um die der politische Lärm unserer Tage sich zumeist bewegt. Weit schon ist gegenüber den unausgesehenen Kämpfen um weitere Steigerungen der Löhne die Frage aufgeworfen worden, ob wirklich alle Lohnempfänger noch denjenigen Teil des Volkes darstellen, der am schwersten um sein Dasein zu kämpfen habe. Die Einnahmen der sogenannten kleinen Rentner dagegen bewegen sich seit Jahr und Tag schon fortlaufend in rückwärtiger Richtung. Nicht nur, daß der Staat gezwungen war, auch von ihnen mehr oder weniger erhebliche Steuer- und Abgabenbeiträge abzufordern, auch was ihnen an Einkünften verblieb, verlor von Tag zu Tag bei der fortschreitenden Entwertung des Geldes mehr und mehr die Fähigkeit, ihnen auch nur die Aufrechterhaltung der bescheidensten Lebenshaltung zu ermöglichen. Die Not hat auch diese Kreise in lokalen und zentralen Organisationen zusammengeschlossen, und langsam ist es ihnen gelungen, sich das Ohr der Öffentlichkeit zu erkämpfen. An wohlwollenden Anträgen und Anregungen aller Art in den parlamentarischen Körperschaften des Reiches, der Länder und der Gemeinden hat es nicht gefehlt. Wie weit aber der Weg ist, von Worten zu Taten, namentlich wenn damit finanzielle Leistungen von erheblichem Umfange verbunden sind, davon weiß man in Deutschland schon ein Liedchen zu singen. Die kleinen Rentner haben keine politischen Druckmittel zur Verfügung, mit Streik können sie nicht drohen. Um so dankbarer werden sie es begrüßen, daß nun endlich eine umfassende Aktion für sie in verbindlicher Form angekündigt wird. Daß die Reichsregierung sich zu ihr entschlossen hat, legt gewiß von ihrem warmen Herzen, von ihrem sozialen Verständnis für die Not dieser Mittelstandsklassen Zeugnis ab. Ob sie dabei nebenher auch noch von anderen Gründen geleitet wird, kann demgegenüber keine Rolle spielen. Die Hauptsache ist, daß sich die Erkenntnis der unbedingten Notwendigkeit, hier endlich zu helfen, durchgesetzt hat, und darüber soll man sich freuen

und die Reue dieser Freude nicht durch leidige politische Gegnerschaften trüben.

Überhaupt: Hier ist endlich wieder einmal eine Frage gegeben, in der alle politischen Gegensätze zum Schweigen gebracht werden müssen. Der Gottesfriede, der angesichts der erbarmungswürdigen Lage des kleinen Rentnerlandes geboten ist, sollte von keiner Seite gestört werden.

„Oberschlesien ungeteilt beim Reich“.

Ein amerikanisches Gutachten.

Der bekannte amerikanische Rechtsverständige Herr David Hunter Miller hat ein Rechtsgutachten über die Oberschlesische Frage, die augenblicklich dem Völkerbundsrat vorliegt, erlassen. Herr Miller ist eine Autorität auf dem Gebiete des Völkerrechts. Auf der Pariser Konferenz war er der Rechtsbeistand des Präsidenten Wilson. Herr Miller war in erster Linie mit der Ausarbeitung des ersten Teiles des Friedensvertrages befaßt, der die Völkerbundsbedingungen enthält. Er gilt deshalb als einer der besten Kenner der Gedanken, aus denen heraus der Vertrag geschaffen wurde. Außerdem ist er bei der Ausarbeitung zahlreicher anderer Bestimmungen des Friedensvertrages beteiligt gewesen.

Unter Heranziehung der allgemein anerkannten Prinzipien des Völkerrechts kommt Herr Miller auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages und aus seiner Geschichte zu dem Ergebnis, daß nach dem Resultat der Volksabstimmung Oberschlesien ungeteilt bei dem Deutschen Reich verbleiben muß.

Die Reichsregierung hat das Gutachten des bedeutenden Rechtsgelehrten dem Völkerbundsrat in Genf, sowie den Regierungen der Ententestaaten überreichen lassen. In einem neuen wissenschaftlichen Kartenwerk über die Kreise Plesch und Rybnik weist Professor Dr. Wirth, Leiter des Geographischen Instituts der Universität Breslau, korrespondierendes Mitglied der Geographischen Gesellschaft in Oxford, nach, daß Plesch und Rybnik nach der Art ihrer Besiedlung und ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber der slowakischen und galizischen Nachbarschaft bedeutend günstigere Lebensverhältnisse besitzen. Überall, wo sich Leben und Entwicklung zeige, sei diese Entwicklung deutsch.

Regierungserweiterung nach links?

Eine Anfrage der Sozialdemokraten an die Unabhängigen.

Die Besprechungen der Parteiführer im Reichstage, die eine Umbildung der Reichsregierung und daneben auch der preussischen Regierung auf verbesserter Grundlage zum Ziele haben, nehmen leider einen sehr langsamen und schleppenden Fortgang. Nachdem alle in Betracht kommenden bürgerlichen Parteien sich darüber geeinigt hatten, daß der neue Regierungsbund nur

auf der Basis eines neuen Arbeitsprogramms zustande kommen könne, in welchem der Grundsatz der Schonung der Produktionsmittel bei der Beitragleistung von Industrie, Handel und Landwirtschaft zu den Zahlungslasten des Reiches eine hervorragende Rolle spielt, war es die Aufgabe der Mehrheitssozialdemokraten, zu diesem Programm Stellung zu nehmen. Die Volkspartei verhielt sich nach Bekanntgabe ihrer Anschauungen völlig abwartend, Zentrum und Demokraten bemühten sich eifrig, die neue Koalition zustande zu bringen, auch einige hervorragende sozialistische Führer waren im gleichen Sinne tätig, aber die Mehrzahl der Sozialdemokraten erklärte, daß sie nicht so bald in der Lage sein würden, zu diesem Programm namens der Partei bindend Stellung zu nehmen. Ein neuer Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion besagt darüber:

„Zu einer Gesamtdemission des Kabinetts Wirth ist keine Veranlassung. Es kann sich bei der eventuellen Erweiterung der Regierung vielmehr nur um eine Umbildung des Kabinetts Wirth handeln. Bevor die Umbildung der Regierung vorgenommen wird, muß eine Einigung über den Teil des Regierungsprogramms erzielt sein, der die Stellung der Regierung zur demokratischen republikanischen Staatsform und zu den zum Schutze der Republik zu ergreifenden Maßnahmen klarlegt. Eine Entscheidung über die eventuelle Umbildung der Regierung kann die Fraktion erst fällen, wenn das gesamte Steuerprogramm vorliegt und aus ihm die Gehaltungen der vorgeschlagenen Beschlüssen sowie der besonderen Leistungen des Besten zu ersehen ist.“

Dieser Beschluß würde zunächst nur einen Ausschub

der Regierungstage bedeuten, den man in parlamentarischen Kreisen dahin beurteilt, daß er etwa drei bis vier Wochen Verzögerung mit sich bringen dürfte. Eine völlig neue Wendung ist jedoch in die ganze Frage dadurch hineingekommen, daß die Sozialdemokraten jetzt auch einen Führer nach links ausgereckt haben. Der erwähnte Beschluß sagt in seinem zweiten Teil:

„Die Fraktion beschloß weiter, an den Vorstand der USPD. heranzutreten, um festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen diese evtl. bereit wäre, in die Reichs- und die preussische Regierung einzutreten.“

Im Reichstage haben auch bereits Verhandlungen zwischen den Führern der beiden sozialistischen Parteien über die Möglichkeit einer Kabinettsverweiterung nach links stattgefunden, und die Bedingungen, die von den Unabhängigen genannt wurden, sollen, wie verlautet, sehr milde gewesen sein. Allerdings ist nicht zu erkennen, wie auf dieser Basis eine Regierung zustande kommen soll, da die Sozialisten auch zusammen keine Mehrheit haben, und Zentrum und Demokraten sich bisher einer solchen Lösung gegenüber durchaus ablehnend verhielten.

Reichstagspräsident Loebe

erklärte hierzu, daß in der Sozialdemokratie noch viele Bedenken gegen den Gedächtnisbeschluss beständen (der bekanntlich mit der ablehnenden Haltung gegen eine Zusammenarbeit mit der Volkspartei brach). Für den Fall, daß eine gemeinsame Grundlage nicht gefunden werden könne, daß sich die Deutsche Volkspartei nicht zu den zum Schutze der Republik zu ergreifenden Maßnahmen entschließen und daß eine Einigung über das Steuerprogramm nicht möglich sei, bestünde auch keine Aussicht für eine Regierungskoalition von Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei. Dagegen deutete seiner Ansicht nach verschiedene Strömungen in der Unabhängigen Partei darauf hin, daß die bisherige Ablehnung der Unabhängigen, sich an einer Regierungsbildung zu beteiligen, nicht mehr so einmütig sei, so daß sich vielleicht durch eine positive Mitarbeit der Unabhängigen eine Erweiterung der Regierungsbasis nach links statt nach rechts ergeben könne.

In parlamentarischen Kreisen wird auch die Auffassung laut, daß es sich bei diesem neuen Schritt nur um ein taktisches Zwischenstück handeln könne, da die Unabhängigen, seitdem die Bestrebungen auf Wiedervereinigung beider sozialistischer Parteien anscheinend zum Stillstand gekommen sind, ihrerseits die Mehrheitssozialdemokraten den Weg in die große Koalition sehr erschweren. Jedenfalls aber ist mit einer Lösung dieses ganzen brennenden Problems nicht so bald zu rechnen, wie man vor kurzem noch hoffte.

Deutscher Reichstag.

(187. Sitzung.)

CA Berlin, 1. Oktober.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung des Hauses mit geschäftlichen Mitteilungen. Die Interpellation der Deutschnationalen über den Stand der Balina wird innerhalb der gesprächsmäßigen Frist beantwortet werden.

In der Fortsetzung der politischen Aussprache

über die Interpellationen und Anträge zum Schutze der Republik usw. beantragt Abg. Bark (Komm.), den kommunistischen Antrag auf eine allgemeine Amnestie mit der Debatte zu verknüpfen. Der Antrag wird angenommen.

Abg. Marx (Zentr.) appelliert an das ganze Volk, das Trennende zurückzustellen und, nachdem das Volk sich die Weimarer Verfassung zustande gebracht, zu deren Schutze zusammenzutreten. Seine Partei werde jedenfalls gegen alle Angriffe von rechts oder links die Verfassung schützen. Die Deutschnationalen hätten am wenigsten Anlaß, gegen sie Sturm zu laufen, sei es offen, sei es durch Vergiftung der öffentlichen Meinung. Für die Deutschnationalen sei es einigermassen präfer, über Ausnahmegesetze zu klagen, gebe es doch fast kein Ausnahmegesetz, an dem sie nicht beteiligt gewesen wären. Aber die Bestimmungen des Präsidenten seien gar kein Ausnahmegesetz, denn sie richteten sich nur gegen Auswüchse, sie seien ein Notbehelf, dessen der Staat zu seinem Schutze nicht entbehren könne.

Das Zentrum steht geschlossen hinter dem Kanzler Wirth.

Wie man ihm den Vorwurf des Rückganges gegenüber Bayern machen kann, ist uns unverständlich. Wir verlangen allerdings, daß die Ausnahmegesetze wie gegen rechts auch gegen links zur Anwendung gelangen. Jedenfalls sollen nicht Parteien voll echten nationalen Empfindens verboten werden. Die Vorwürfe der Rechten gegen Erzberger müßten zu solchen Folgen führen, wie sie in dem Vorbe zum Ausdruck gekommen sind. Und wenn gegen den Herrn Reichskanzler jetzt schon ein ähnliches Treiben einsetzt, so wird dies, wenn nicht Einhalt geboten wird, zu ähnlichen Verhältnissen führen. Dr. Wirths Arbeit ist reine Pflichterfüllung, nicht das Verhalten der Deutschnationalen, die sich dem Augenblick, vom Überstehen der Gefühle leiten lassen ohne Blick für die Realitäten!